

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk., halbjährlich 3,50 Mk., jährlich 6,80 Mk.; durch die Post 2,00 Mk. einjähr. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.  
— Fernsprecher Nr. 324. —

**Gratisbeilagen**  
Ankündertes Unterhaltungsblatt  
Landwirtsch. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Kotterielles — Kurzgeleitet

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 75 Pf., Chiffreanzeigen und Nachmeldungen 20 Pf. mehr. Platzvorkauf ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.  
— Geschäftsstelle: Delbrück 9. —

Nr. 10

Sonnabend den 12. Januar 1918

44. Jahrg.

## Starke Artilleriekämpfe in Flandern, bei Cambrai und Marcoing.

### Wilson gegen den Verständigungsfrieden.

Wozu die Entente auch nicht für nötig gehalten hat, innerhalb der Behn-Tage-Frist von West-Britannien ihre Kriegsziele darzulegen und sich mit an den Verhandlungstisch zu setzen, so sind doch in ihren Ländern die Fernwirkungen des Ultimatum von West-Britannien unmerklich. Die grundsätzliche Friedensbereitschaft Russlands und des Vierbundes wirkt auf die Köpfe des Westens. Wenn sie kriegerisch erhalten werden sollen, so bedarf es außerordentlicher Mittel. So mußte Lloyd George, um die Heeresvermehrung durchzuführen, der Arbeiterpartei besondere Erklärungen abgeben. Gegenüber dem Drängen der Progressiven hat sich nun auch Wilson verpflichtet gesehen, ein Friedensprogramm darzulegen. Was er aber in den 14 Punkten seiner Botschaft an den Kongress fordert, das ist ein Friedensprogramm, wie man es uns anbieten könnte, wenn die Kriegslage gerade umgekehrt wäre, als das gegenwärtig der Fall ist. Ständen die Deutschen am Rhein und hätten die Russen Teile von Ostpolen inne, dann könnten wir wenigstens hoffen, daß sich der westliche Professor aus dem Beizen Hause an die harten Tatsachen hält. Wenn auch dann keine deutsche Regierung es wagen könnte, einen Frieden abzuschließen, wie ihn Wilson uns summt.

Wir stellen gewiß mit Befriedigung fest, daß Wilson sich diesmal aller Beschimpfungen deutscher Einrichtungen und Personen enthält, aber das Aufreigen fast dieksmal keine faßlichen Forderungen. Er beginnt in ganz geistlich mit den annehmbaren Punkten. Die Offenheit der Friedensverträge, die Freiheit der Meere und die Gleichheit der Handelsbeziehungen sind Forderungen, die kaum ein Humanist für die Beendigung des Weltkrieges bilden. Für eine Klärungsbeschränkung hat sich Deutschland bereits in der Antwortnote an den Papst ausgesprochen. Was Wilson über Russland sagt, kann uns gleichgültig sein, da wir ja mit Russland direkt verhandeln, und daß Belgien nicht ein Friedenshindernis ist, weiß man aus der bekannten Rede des deutschen Staatssekretärs von Kühlmann. Auch der Schlüsselpunkt von der Gleichheit der Völker würde die deutsche Zustimmung finden können. Aber die Punkte 8 bis 13 verlangen die Abtrennung Ostschlesiens, die Verkleinerung Österreich-Ungarns und die Großfesselung der Türkei. Dabei läßt der Präsident sein schönster Grundgesetz im Stich, sobald es ihm gerade ins Handwerk paßt. Polen soll einen Zugang zum Meere erhalten. Das wäre nur durch die Umverteilung nicht-polnischer Landesteile zu machen. Das Ostschlesien von einer deutschen Bevölkerung befreit ist, die durch ihre Vertreibung ein Verbleiben im Deutschen Reich wiederholt gefordert hat, läßt Herrn Wilson ebensowenig. Er ist für volle Befriedigung der imperialistischen Ansprüche seiner Entente-Genossen, und nur gegenüber dem geschlagenen Italien bekennt er sich in einer realpolitischen Anwendung auf die Forderung nach einer Verkleinerung der italienischen Grenzen. Man kann nicht annehmen, daß Wilson bei all seiner Weltfreundlichkeit und Unkenntnis in europäischen Dingen sich über die Unannehmlichkeit seines Friedensprogramms im Unklaren wäre. Der große Kriegsvorkämpfer hat wohl wieder einmal das Bedürfnis, seinen verhassten Gegner zu kränken. Sonst ist er es mit Worten; dieksmal in Forderungen. Der Hauptzweck seiner Rede ist natürlich, den Franzosen Mut zu machen und die Russen von einem Sonderfrieden abzuhalten. Die Entente, auch in die deutsche Reihen den Keil der Zwietracht zu treiben, wird dauernde Erfolge nicht haben. Wilsons Programm ist auch für die Reichstagsmehrheit unannehmbar und seine Botschaft ist darum ein Bekenntnis gegen den Verständigungsfrieden.

### Der Weltkrieg

Der König von Sachsen über den Frieden.

An der Spitze der „Sächsischen Staatszeitung“ wird folgende Mitteilung veröffentlicht: Seine Majestät der König hat aus einer großen Anzahl kühner Dichtungen telegraphische Rundgebungen erhalten, die schwere Sorgen der Bevölkerung um die Gestaltung unseres Friedens und die Zukunft unseres Vaterlandes zum Ausdruck bringen.

Seine Majestät hat die feste Zuversicht, daß Seine Majestät der Kaiser, gestützt auf die unerschütterliche Kraft unseres Heeres, nur einem solchen Frieden seine Zustimmung geben wird, der die Fortentwicklung und das friedliche Gedeihen unseres deutschen Vaterlandes gegen alle ferneren Angriffe sichert. Graf Bismarck von Teschitz, Staatsminister.

### Fortgang der Friedensverhandlungen.

Es bleibt bei West-Britannien. — Der Sonderfrieden mit  
Ausland auf dem Marsche.

In West-Britannien fand gestern mittag um 11 Uhr eine Vollversammlung der britischen Delegationen und die ukrainischen Vertreter statt.

Staatssekretär von Kühlmann gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen und erklärte: Die von der russischen Delegation für die Erklärung der Weltkriege beteiligten Mächte schickte, tritt in am 4. Januar 1918 mitternacht abgelaufen von seinem der anderen Kriegführenden ist eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen. Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wichtigste Forderung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Welt in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nicht-Eintritt dieser Bedingungen hat die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Bescheid der Fritz sich ergeben folgenden. Das Dokument ist hinsichtlich geworden.

Der Staatssekretär kam dann auf die Forderung der russischen Regierung, die Verhandlungen nach Stockholm bzw. in das neutrale Ausland zu verlegen, zu sprechen und erklärte es als feststehendes und unabänderliches Entschluß, die Verhandlungen an keinem anderen Orte weiterzuführen. Sie sind aber wie früher aus Kontrolle gern bereit, die formale Schlussverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten. Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß seit dem Abschluß des Gedankenanstreiches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich in andres aufgetragen hat, was geeignet schien, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zum Abschluß eines raschen Friedens zu gelangen.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem ergebnisreichen Ergebnis führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den aus bekannten und durch die russische Delegation in besonderer Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem dauernden und geschickten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben. Soweit sich aus den vor der Arbeitspaule geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materielle Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswertes und damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Hierauf führte der österreichisch-ungarische Minister Graf Czernin etwa folgendes aus:

Die Gründe, bewegten wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land verweigern, sind doppelter Natur:

1. Technischer Art: Sie wie wir sind von hier aus mit direkten Drängen mit den Regierungen verbunden und täglich findet ein Meinungsaustausch statt. Wir alle können diese Apparate nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden.

Nach wichtiger ist das 2. Motiv: Wir haben uns auf einer Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein zehnjähriges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geneivortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen Ausland und dem Vierbund.

Die Verlegung der Verhandlungen auf ein neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr erwünschte Gelegenheit geben, während einzugreifen. Wir weigern uns, den Feindmächten die Gelegenheit zu liefern. Aber wir waren bereit, an einem noch zu bestimmenden Ort die formale Schlussverhandlung und die Unterzeichnung des Friedensvertrages wahrzunehmen.

Was den meatorischen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Abseitsimmung zwischen Ihnen und uns noch nicht erfolgt ist, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeiten zu beginnen hätte. Alle vier Alliierten sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir entworfenen mit den russischen Herren bereits abgemachten Basis zu Ende zu führen.

Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen befeelt sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnis gelangen.

Großvezir Talaat Pascha und Justizminister Bopuz schloß sich namens der türkischen und der bulgarischen Delegation diesen Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann folgende Erklärung ab:

Es liegt mir hier ein Anschauungsprogramm und Aufgabe vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und der russischen Obersten Heeresleitung, die teils Beschimpfungen der deutschen Heeres- einrichtungen und der deutschen Obersten Heeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen enthalten. Diese Anschauungs- und Auftrags- verfahren gegen den Geist des zwischen den beiden Armeen geschlossenen Waffenstillstandes. Im Namen der deutschen Obersten Heeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Anschauungs- und Auftrags- verfahren Protest ein.

Auf Vorschlag des Kommissionsvorsitzenden für Auswärtige Angelegenheiten Trojtski wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Aus West-Britannien wird weiter gemeldet:

In der Donnerstagsvormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in West-Britannien fortzuführen. Ferner stellte sie fest, daß die von Wolff-Büro veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember dem tatsächlichen Hergang entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Dinaburg

überdritten am 25. Dezember 1917 die russischen Stellen auf der Ghausse Kommo-Dinaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und führten mit Autos nach Dinaburg weiter, wo Wohn- und Arbeitsräume in einem Privathause bereitgestellt waren.

Die Waffenstillstandskommission Dinaburg ist in ihrem Bereiche, d. h. von der Dniepr bis zur Dnau, im Grund des Punktes 7 des Vertrags in erster Linie für die Bearbeitung aller sich aus dem Vertrage ergebenden militärischen Fragen zuständig. So beriet z. B. die erstmalig am 26. Dezember zusammengesetzte Kommission bereits über die Forderung der durch Punkt 4 des Vertrags vorgesehenen Rückführung der an der Front. Aber auch Fragen aus dem Gebiete des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Infolge von Vorgesprächen der deutschen Kommission mit Vertretern der russischen Eisenbahnbehörden konnten bereits auf deutscher Seite örtliche Kommandeure von Offizieren und Eisenbahnbeamten beider Staaten zwecks beschleunigter

**Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Strada**  
Wien - Dünaburg stattfinden.  
Wie wir hören, werden die Verhandlungen beiderseits in entgegenkommender Weise geführt.  
Die russischen Behörden in Dünaburg sind sichtlich bereit, unsere Forderungen in Dünaburg entgegen zu nehmen, daß sie sich in Friedensland befinden.  
Fürsprecher des deutschen Teiles der Kommission ist Generalmajor Weidner, des russischen Teiles Herr Splinter.  
Die Kommission verfügt zur Verbindung mit der Heimat über einen eigenen Fernschreiber sowie über regelmäßigen Kurierdienst durch die Front.

**Türkische Friedensbedingungen an Rußland.**  
Das „Journal“ meldet aus Petersburg: Die Hauptstücke der von den türkischen Unterhändlern vorgelegten Friedensbedingungen sind die folgenden: 1. Die Grenzen bleiben die gleichen wie vor dem Kriege; 2. in den zwei dem Friedensschluß folgenden Jahren treffen beide Parteien ein Abkommen über die Handelsverhältnisse und das Konularwesen; 3. die Kriegsverluste der Privaten werden entschädigt; 4. die territorialen Sicherheiten und die freie Entwicklung der Religionen wird auf der Grundlage vollkommener Unabhängigkeit garantiert; 5. noch vor Ende des Krieges erhalten die russischen Schiffe freie Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosporus; 6. die Truppen beider Staaten dürfen nur zum Zweck eines Verteilungskrieges mobilisiert werden; 7. innerhalb sechs bis acht Wochen nach Unterzeichnung des Sonderfriedens wird Rußland seine Truppen über die Grenzen zurückziehen, Rußland demobilisiert seine Armee und die Schwärze Meer-Flotte.

**Auf den geplanten Kriegsschauplätzen**  
haben sich keine größeren Kampfhandlungen abgespielt.  
An der Westfront sind die Franzosen und Engländer weiter rührig in den Erkundungsgefechten und in der Artilleriestärke. Die schweren französischen Verluste bei St. Mihiel werden beklagt.

Während der letzten Wochen ist die ganze englische und französische Presse mit Spannung erfüllt in der Erwartung der angeblich bevorstehenden deutschen Riesen-Offensive. Die Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Frankreich sagt, daß die Deutschen offenbar hinter der Front große Vorbereitungen treffen, die Engländer und Franzosen verbarren aber auch nicht mit den Händen im Schoße.  
Die Aufgabe des Dardanellen-Unternehmens läßt sich jetzt zum zweiten Male. Bei dieser Gelegenheit werden die Verluste der Franzosen und Engländer mit 300 000 Toten, 400 000 Verwundeten, 5 Milliarden Wert in Ernteverlusten gebrocht.

## Bom Seebrücke.

**Neue U-Boot-Beute.**  
Die „A. A. im Mittag“ meldet aus Hamburg: In der Deutschen Bucht wurden Rationenfässer mit letzten 7,6 Zentimeter-Rohrflüssen und ein Rettungsring, gemeldet. Dr. M. S. Robiani, aufgefischt. „Robiani“ ist ein neuer englischer Rettungsring, der danach aufgefunden untergegangen ist.  
Weiter meldet amtlich: Das Hospitalsschiff „Roma“ in im Britischen Kanal auf der Recke von Gibraltar verunglückt worden. Alle Verbundenen wurden durch Rettungsboote gerettet und an Land gebracht. 3 Personen wurden getötet, 3 verletzt und vermisst. Die „Roma“ war mit allen Lichtern und sonstigen Kennzeichen versehen. Die Schweizer Kommandanten für solche Schiffe vorkommt. Es befand sich nicht und hat keine in der Scherzzone befunden, die durch die Erklärung der deutschen Regierung vom 19. Januar 1917 angeklagt worden ist.  
Warten wir den Bericht des deutschen U-Boot-Kommandanten hierüber ab.

## Im Kriegszustand mit den amerikanischen Staaten.

**Weitere Erläuterungen der Friedensbedingungen.**  
Die Berliner Ausgabe des „New York Herald“ meldet aus New York: Die beiden Häuser des Kongresses haben um weitere Erläuterungen der Friedensbedingungen des Präsidenten ersucht.  
Der Berliner Berichterstatter des „Secolo“ schreibt, Amerika bestreite die  
Kohlenlieferungen für die Kriegsverfahren bis auf weiteres einzufrieren, um für Frankreich und Italien Kohlen liefern zu können.

## Die Vorgänge in Rußland.

**Rußland kann den Krieg nicht weiterführen.**  
Aus Unterbarm wird gemeldet: Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ in Petersburg erklärt: Jetzt für ausichtslos, daß Rußland den Krieg weiterführen könne. Die Verbündeten müssen sich mit dieser Tatsache abfinden und, so gut sie können, den Gang der Verhandlungen in Brüssel-Wien beeinflussen. Rußland hat, so schreibt der englische Berichterstatter, wirklich für den Augenblick angehebt, ein organisiertes Staat zu sein. Rußland ist ein Staat von fast unbegrenzter, täglich zunehmender Uardie. Rußland geht in Schiefe. Die Eisenbahnen seien die Ader des Rußlands, und nun führt das ganze Transportwesen zusammen. Rußland kann seinen Krieg mehr führen.  
Artikel der Engländer.  
Der „Matin“ meldet aus Stockholm, daß die englische Generalstabmission an der russischen Front in Goparanda eingetroffen ist.

„Evenska Dagbladet“ erzählt aus Selingfors, daß von dort vorgehen 250 englische Matrosen und Offiziere von der Besatzung der in der Dofee liegenden englischen U-Boote abgereist seien. Sie sollen über Petersburg und Archangel beinahe.  
Nach dem „Monja Schin“ hat Trotzki verlangt, daß die französische Militärabordnung ihr Aufklärungs-Bureau schließe.  
ihre drahtlose Telegraphie aufgegeben und ihre Offiziere über die Grenze schickte.

## Politische Übersicht.

**Schweiz.** Der neuwahle Bundespräsident Felix Landolt erklärte dem Berner Berichterstatter des „Basler Postkapitel“ in einer Unterredung: Die Schweiz lehnt sich nach Frieden. Unsere wirtschaftliche Lage ist äußerst schwierig, aber auch aus menschlichen Gründen erwarten wir das baldige Ende des Krieges. Es ist unsere Pflicht, alles zu tun zu können, damit der Friede zustande kommen kann und nach mehreren Jahren weiter. Wir hoffen, daß die Zeit kommen wird, in der sämtliche Staaten unsere Vermittlung gerne sehen werden. In dieser Angelegenheit gekommen, dann werden wir alles daran legen, die Völker einander näher zu bringen und Freundschaft sowie gegenseitige Schätzung der Nationen anzubringen. Dabei ist, so dünkt mich, der Zeitpunkt noch nicht gekommen, in dem wir die humanitäre Tätigkeit aufnehmen können. Unser Hoffen geht aber dahin, daß er bald nahezuhin und ein aufrechter, ehrenvoller und dauernder Friede zustande kommt.

**Frankreich.** Erst 10 Tage nach dem amtlichen Friedensschluß hat sich der französische Finanzminister Klotz entschlossen, dem Parlament und der Öffentlichkeit das Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen mitzuteilen. Danach wurden alles in allem etwa über 10 Milliarden gezahlt, darunter, wie er freimütig zugestand, die Hälfte durch Umwandlung alter Anleihen. Die verbleibenden 5 Milliarden stellen also die Barzahlungen dar, aber wohlmeist bloß den Nominalbetrag der geschuldeten Summen.

## Deutschland.

**Antwort des Reichstanzlers auf die feindlichen Kriegesleiden?** Im parlamentarischen Preßen nimmt man an, daß der Reichstanzler die feindlichen Kriegesleiden auf die Kriegesleiden des Landes und des Weltens zu antworten. Man vermutet daher, daß Graf Hertling an einem der nächsten Tage im Hauptansatz des Reichstages erscheinen und dort ausführlich auf die Wehen der feindlichen Staatsmänner antworten wird.  
Die Fraktionsführer des Reichstages werden jetzt allabendlich im Auswärtigen Amt durch den Unterstaatssekretär Freiherrn von dem Basse über die Vorgänge in Brüssel-Wien informiert.

**Bei der Eröffnung des klassischen Beiratses in Straßburg** erklärte der am Reichstagesende unterzeichnete Reichstanzler, daß man nicht ohne Weiteres wiederholen, daß es für uns in Deutschland keine elias-lothringische Frage im internationalen Sinne geben kann. Ich erkläre hier an Ruhe des Straßburger Ministers, daß es ein Verbrechen an der Menschheit ist, das Vaterland um einen einzigen Tag zu verdrängen, um dieses Land von seinem alten Mutterlande loszureißen zu wollen.

**Das Verhalten von Friedrich A. Bauer.** In der Bundesversammlung der Christlichen Volkspartei hat Konrad Hauptmann am 6. Januar über das Verhalten des Abgeordneten Friedrich A. Bauer nach dem „Reichsanzeiger“ geschrieben: Ich traue ihm getrennt in voller Stille ist eine außerordentliche Bestätigung in seinem Verhalten eingetreten, das wir hoffen können, ihn in bald in Berlin seines Amtes walten zu lassen.

**Die „nationale“ Kundgebungen fabriziert werden.** Seit Anfang September sind die Wähler der Rechten tagtäglich angefüllt mit oft pathetischen Reden über Kundgebungen zugunsten der Deutschen Vaterlandspartei. Bis hierher hat sich die Kundgebungen „nationaler Kundgebungen“ noch erhöht werden. Wie solche Kundgebungen fabriziert werden, geht aus einem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Brief an zahlreiche Mitglieder der Vaterlandspartei hervor: Es ist nicht die erste Kundgebungen abzuhalten. Es ist schließlich noch wirksam, wenn man möglichst viel einzelnen Stellen aus vorgelegten wird. Der Kaiser, der Kronprinz, Simeburg sollen bestirmt werden, aber wiederum, so daß nicht der Eindruck einseitiger Verehrung entsteht, und daß die Unterzeichneten sagen, sie haben den Sorgen und der Besetzung ungeschützter Mitglieder Ansehen, daß Außenminister und Reichsmann gehen mit. So wird Entschuldig fabriziert.

**Der Deutsche Bauernbund hat an den Reichstanzler ein Schreiben gerichtet,** in dem es heißt: „Namens des Deutschen Bauernbundes beehrt ich mich, Euer Excellenz Dank und Zustimmung zu den kraftvollen Worten auszusprechen, die Euer Excellenz im Hauptansatz gesprochen. Die breiten Massen der ländlichen Bevölkerung, auf der die Sorgen dieses Krieges in voller Schwere lasten, werden hinter jeder Regierung stehen, die tapfer und entschlossen einen ehrenvollen Frieden durchzuführen versteht. Als einen solchen sehen wir einen Frieden an, der die volle Zustimmung der Oberen und Unteren des Reiches mit sich gebracht hat. Das deutsche Volk im Frieden wie in der Heimat dürfte in der Forderung, daß die Männer, denen das segnetische Durchhalten in erster Linie zu verdanken ist, auch bei den Friedensverhandlungen entscheidend mitwirken, völlig einig sein. In diesem Sinne begrüßen wir die Worte Euer Excellenz, aus denen der gleiche Geist atmet, wie aus den Taten und Worten der Oberen Verehrlichkeit.“

**National-liberale für das gleiche Wahlrecht.** Unter dem Vorherrschaft des Landtagsabgeordneten Geh. Justizrat Dr. Siepmann hat am Sonntag die ordentliche Vertreterversammlung des national-liberalen Verbandes in Reichstagsstadt die Forderung eines gleichen Wahlrechts angenommen. In der Erklärung wird, daß die Partei nach Erlass der künftigen Verfassung vom 11. Juli vorigen Jahres und auf Grund der Erfahrungen des Krieges, in dem alle

Schichten der Bevölkerung ihre Vaterlandsliebe in gleich opferwilliger Betätigung gezeigt haben. Hinsichtlich der Wahlreform nicht bei den Abgeordneten Begehren bebarren darf. Sie spricht daher die bestimmte Zuversicht aus, daß die national-liberale Landtagsaktion auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts eine Verwirklichung mit den reformunwilligen Parteien beabsichtigen und daß sie hierbei auch mit aller Entschlossenheit auf die Verwirklichung dringen werden.“

**Die Ortsgruppe Freiburg der Deutschen Vaterlandspartei** ist mit den Friedensverhandlungen in Brüssel-Wien sehr unzufrieden und domiert darüber in einem langen Telegramm an Hindenburg los. Es heißt dort: „Das deutsche Volk“ die paar Leute von der Freiburger Ortsgruppe besitzen die Kühnheit, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen - protestiert mit aller Entschlossenheit gegen die Umabnahme eines - wertiger Ausfallung der gedachten Opfer an Gut und Blut unwürdigen Verdienst und unethischen Friedens, wie er ihm mit den niederwertigsten, den unerschütterlichen Segenswille des deutschen Volkes mit diesen treulosen Ereignissen in Brüssel-Wien... Es fällt unmöglich sein an der Forderung weitestgehender Gebietserweiterungen und Kriegsergebnissen, die allein durch Euer Excellenz herbeigeführten Maßnahmen erreicht werden. Es will sich nicht den Parzates an keinem taphen, von Euer Excellenz geführten Heere und keinen Gefallenen schuldig machen.“

**Kriegsbeihilfen an Offiziere.** Über Kriegsbeihilfen an Offiziere und deren Angehörige heißt es in einem Schreiben des preussischen Kriegsministeriums an den Reichstagsabg. Dr. Müller-Reinigen: „Auf die Beschränkung der Kriegsbeihilfen an Offiziere, die nach dem Gesetz keinen Anspruch auf die entsprechende Familienunterstützung haben. An verlorungsbedingte ehemalige Seeresangehörige (Offiziere, Beamte und Mannschaften), sowie an Hinterbliebene werden demnach laufende Kriegsbeihilfen (Zerwürfungen) zu zahlen. Die geltenden Bestimmungen der Kriegsbeihilfen dieser Beihilfen werden bei den das Angehörige und zahlenden Kassen erfüllt sein. Wegen der Genehmigung von besonderen Kriegserweiterungen auch an die immobilen Offiziere einschließlich der Beurlaubtenstandes usw., werden zurzeit Erörterungen.“

## Die Reichstagswahl in Danzig.

Am heutigen Freitag findet im schlesischen Reichstagswahlkreis Danzig-Stadt die Stichwahl für den verstorbenen antileitenden Hsp. Graef statt. Der Druck des Wahlkampfes durch die konservativen Partei, die ohne Rücksicht auf die Ansprüche der deutsch-polnischen Partei mit der Aufstellung eines eigenen Kandidaten vorging, wurde die fortschrittliche Volkspartei, gleichfalls einen Kandidaten aufzustellen, nachdem die sozialdemokratische Partei schon vorher ein Gleiches getan hatte. Im Jahre 1912 gelang es der fortschrittlichen Volkspartei, die bis dahin nur ganz vereinzelt vorhandene gemeinsamen freisinnigen Stimmen auf nahezu 8000 empor zu bringen. Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei war damals Konrad Hauptmann und der Kandidat der sozialdemokratischen Partei war der Stichwahl vor aufgestellt haben.

Der letzte Wahlkampf spielte sich unter ganz besonderen Umständen ab. Die sozialdemokratische Partei war zunächst mit einem eigenen Kandidaten, dem Oberlehrer Weich in Danzig, angetreten. Auf ihn aber die Kandidatur nach einiger Zeit zugunsten des konservativen Kandidaten zurück. Wie verlautet, hat dem Oberlehrer Weich letzters der konservativen Partei Zugaben auf eine Kandidatur in Weizen gemacht worden. Es stehen sich demnach für die Stichwahl nur noch drei Kandidaten gegenüber: der konservativ Kandidat Dr. Hermann in Danzig, der fortschrittliche Weich und der sozialistische schlesische Landtagsabg. Hsp. Ein Stichwahl wird das voraussichtliche Ergebnis der Wahl am Freitag sein. Die Frage ist nur, welche Kandidaten in die Stichwahl kommen werden. 1912 legte der Antileitende Graef in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie mit 17 498 gegen 16 092 Stimmen in erster Wahlrunde, 83 300 antileitende, 11 412 sozialdemokratische und 7889 fortschrittliche Stimmen abgegeben worden waren.

Die Sozialdemokraten haben in den letzten Wochen eine enge Tätigkeit entfaltet. Ihre Hoffnungen, bereits in ersten Wahlrunde zu liegen, werden aber vermutlich nicht in Erfüllung gehen. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1912 war der sozialdemokratische Kandidat dem Antileitenden an Stimmenzahl überlegen. In der Stichwahl der fortschrittlichen Partei für die Stichwahl unzufrieden. In gegenwärtigen Wahlkampf beschränkte sich die sozialdemokratische Kandidatur im wesentlichen auf die Betonung des Friedensbündnisses; von den eigentlichen sozialistischen Forderungen nur geringfügig in Veräusserungen und Anknüpfen die Rede.

Die konservativen Kandidatur müßte während des Wahlkampfes mehrmals kritisch gewürdigt werden. Die Sozialdemokraten richteten ihren Hauptdruck nicht gegen die sozialdemokraten, sondern nur gegen die fortschrittliche Volkspartei. Weich ist leicht erklärlich, aus Paris, daß an Stelle ihres Kandidaten der fortschrittliche mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt. Das soll unter allen Umständen verpönt werden. Deshalb das schwerste Verbot gegen die fortschrittliche Volkspartei und Euer Kandidaten. Antileitender Dr. Hermann hielt sich verhalten von der Kandidatur zurück, erst in den allerletzten Tagen wurde mitgeteilt, daß er aus dem Herrschafts entlassen sei und am 8. Januar in Danzig eine Ansprache halten werde. Es scheint, als wenn das Verbot an das schlesische Kriegsministerium um Entlassung des im Militärrecht sich befindlichen Dr. Hermann etwas sehr spät eingereicht worden ist, um den Herrn von den Wählern der Kandidatur nach Weich zu entlassen. In dieser Annahme wird man kommen, weil ein von Herrn Richard Bauer zu gleichen Zweck Anfang Dezember eingereichtes Verbot sofort erledigt wurde und Herr Budor seit dieser Zeit im Wahlkreis in zahlreichen Veräusserungen gebrocht hat. Herr Dr. Hermann wurde Rehner der konservativen Partei aus dem Bundes der Arbeiter für Danzig.

Charakteristisch ist das Verhalten der National-liberalen des Wahlkreises und der Zentrumspartei. Zwischen den National-liberalen und der fortschrittlichen Volkspartei besteht in Danzig ein Vertragsverhältnis auf gegenseitiger Unterstützung. Die National-liberalen in Danzig-Danzen begriffen sich jedoch mit einer Erklärung, nach welcher sie sich während des Wahlkampfes mit der fortschrittlichen Volkspartei auf die Aufstellung eines neuen Kandidaten zurück ließen. Somit war aber die Erklärung so abgelehnt, daß sie allgemein als Unterfertigung des Len-





Merseburg und Umgegend.

11. Januar.

\*\* Das Königliche Oberverversicherungsamt (Beschlußsammer) hier hat als ärztliche Sachverständige (Gerichtsarzte des Oberverversicherungsamts) für die Zeit vom 1. Januar 1918 bis 31. Dezember 1921 die Sanitätsräte Dr. Brohmann und Dr. Weinreich in Merseburg gewählt.

\*\* Das seltsame Fest der goldenen Hochzeit kann am morgenden Sonnabend das Arbeiter Karl Schmidt'sche Ehepaar, Halleische Str. 35, feiern. Da beide Ehegatten fränklich sind, soll die kirchliche Feier in der Wohnung stattfinden. Dem Jubelpaare auch unsere herzlichsten Glückwünsche.

\*\* Schnell tritt der Tod den Menschen an. ... Freitag vormittag erlitt der etwa 70 Jahre alte Gutsbesitzer Schmeißer aus Kleingärtendorf im Steuerbüro der Kreisverwaltung hier einen Schlaganfall, der ihn sofortigen Tod herbeiführte. Er ist ein Verwandter des Fleischweikers Kellermann hier.

\*\* Eine Statuerverbrennung, die erste im neuen Jahre, findet am Montag statt. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 14 Punkte, darunter auch die Wahl des Vorstandes und der Wahlkommission.

\*\* Zu Gast genommen wurde am Donnerstag ein junger belgischer Arbeiter, der bei einem Diebstahlsversuch in einem Geschäft der Grotthardstraße abgefaßt worden kommt.

\*\* Ausgrenzung. Der Grafenerbisch Karl Scharch, Schwager des Büchsenmachers Herrmann, hat die fälschliche Verdiensteinde mit Schwertern des Fürstentums Meißn. A. erhalten.

\*\* Neue Befehle für Hochpompensleitungen sind, wie uns die Überlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld in Greding unserer gütigen Röhre über den Filigranfall bei Merseburg förmlich in der Handung begütigte Flugblätter. Mittwochs nachmittag 4 Uhr geriet ein Flieger in der Nähe von Merseburg in die Hochpompensleitung der Überlandzentrale und ist sämtliche drei Leitungsdrähte durch. ...

\*\* Launetter und Stimm. Dem fälschlichen Schneefall am Mittwoch ist Launetter auf dem Fuß gefolgt. Der Schnee auf den Straßen hat sich in eine schmutzgraue Masse gewandelt, durch die der Fuß nur äusserst schwer mit. Das ist eine harte Probe auf die Widerstandsfähigkeit des ...

\*\* Neuer Lager-Kommandant. Das hiesige Gefangenlager hat mit dem heutigen Tage in dem Generalleutnant Eggeling einen neuen Kommandanten erhalten.

\*\* Das papierne Zeitalter. Als noch Frieden war glaubte man, mit unserer ungeheuren Bücherproduktion sei der Höhepunkt der Papierherstellung erreicht — aber tatsächlich beginnt erst jetzt mit dem Eindringen des papierschen Zeitalters in alle unvorstellbaren ...

Erinnerungen zu träumen sie werden ihre Eigenschaft als tüchtiger Besizer verlieren, denn ... wird überlegen, ob sie sich nicht zu Fäden für ein Hemd oder Taschentuch verwerten lassen. ...

\*\* Militärrente ist kein Ruhegehalt. Bemerkenswerte Grundzüge über die Einführung der Militärrente auf Verfassungsrenten hat neuerdings das Reichsversicherungsamt veröffentlicht. ...

\*\* Staats-Theater. Am Sonntag wird zum ersten Mal „Die lustige Witwe“, Franz Lehars erst reichliche Operette, gegeben. ...

\*\* Das Kaiserparanoma hier selbst verleiht es immer wieder interessanteren Maßnahmen zu bringen. ...

zur Seite gestellt werden. Vor dem Kriege mußte jeder Fremde einmal Rom besuchen. Die Aufnahmen sind ...

\*\* Bei der Verpflichtung der Kriegsteilnehmer zur Zahlung direkter Staats- und Gemeindefeuern ...

ist zunächst zwischen Militärrenten und Zivildienstrenten zu unterscheiden. Von dem Militärrenten ist ...

\*\* Die Erhebung der Gemeindefeuern ...

Am übrigen gilt in einigen deutschen Staaten für das Einkommen der Kriegsteilnehmer hinsichtlich der Gemeindefeuern das gleiche wie hinsichtlich der ...

\*\* Mietscheinungen.

Von Rechtsanwält Dr. jur. Gerbrecht-Magdeburg. Schon zugunsten des ärmern Friedens muß verhindert werden, daß die Verhältnisse zwischen Mieter und Vermieter sich weiter zuspitzen. ...

Verjuchollen.

Original-Roman von S. Courts-Mahler.

4. Fortsetzung. Madrid! verboten. ...

mußte daran denken, was ihr die Mutter eines Tages gesagt hatte, kurz vor ihrem Tode. ...

zu denken. Es fürte nur ihren Frieden, daß er sich um sie besorgen hatte. Kurz und bündig hatte sie ihm abgemienert, wenn sie auch sehr betäubt gewesen war, daß sie ...

Krieges — schon aus Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften — fast alle Reparaturen wegstellen. Ist aufgegeben aber, ist das eine Garantie? Ist aufgegeben in diesem Falle aufgehoben? Wird nicht unabweisbar zu einem bestimmten Zeitpunkt alles, was in diesen Kriegsjahren unterlassen werden mußte, ohne alle Ausnahme in einem nachgeholt werden müssen? Würde es Gade eines verständigen Mannes sein, bei dieser künftigen Notwendigkeit zu verfahren und nicht durch ausreichende Rücklagen Vorsorge zu treffen? Und würde es der Lebenserhaltung entsprechen, die unumgänglich notwendigen Rücklagen nach Friedensmangel zu begrenzen? Wird es selbst gerumme Zeit nach künftiger friedlicher Zustände möglich sein, auch nur zu annähernd friedensgleichen Preisen Stoffe zu kaufen oder Arbeitsleistungen zu erhalten?

Stündert der Mieter ungeduldet alles dessen den Vermieter, im Wege des Mietsrücklags für kommende Zeiten vorzuliegen, so wird er sich einmal nicht darüber bekümmern dürfen, wenn ihm mangels ausreichender Leistungsfähigkeit des Vermieters die ganze Zeit erforderlich Reparaturen anfallen. Was man aber jetzt bei Beurteilung der möglichen Verhältnisse meines Exdantes bisher fast gar nicht oder doch nicht genügend berücksichtigt hat, ist dies: daß sich außer den unmittelbaren — wenn auch teilweise ersünftigen — Anwendungen des Vermieters auch die mittelbaren erheben, nämlich die Kosten für den eigenen Lebensunterhalt, die nach ganz gewiß in die Gebührensliste der vermieteten Wohnung eingerechnet werden müssen. Oder glaubt man, die allgemeine Teuerung habe ausgereicht vor dem Hauspaß des Vermieters Halt gemacht? Niemand würde um solchen Preis gewiß lieber auf die Erhebung von Mietsrücklagen verzichten, als der Vermieter. Da dem aber nicht so ist, kann er sich durch Steigerung seiner Einnahmen helfen. Das macht der Kaufmann nicht anders, der seine Waren teurer verkauft, nicht der Arbeiter, der sich höheren Lohn ausbedingt, nicht der Beamte, der Teuerungszulagen empfängt. Wollen sie alle einzig und allein dem Vermieter die Last verlagern, mehr zu verdienen, weil er wegen der allgemeinen Preissteigerung mehr verdienen muß? Das können sie nicht ernstlich wollen, weil sie ihn damit dem Elend verheihen würden. Oder zweifelt man wirklich daran, daß ein großer Teil der Grundbesitzer auf die Mietsrücknahmen unbedingt angewiesen ist, um das Defizit zu decken?

Es fällt mir nicht ein, einer unbegrenzten Mietssteigerung das Wort zu reden oder dem Mieter zumuten, sich in alles untätig zu fügen, was ihm an Steigerung angeht. Jede Erhöhung der Ausgaben ist bitter, aber es gibt auch bittere Notwendigkeiten. Im Falle einer Steigerung rufe der Mieter daher nicht gleich nach dem Raub oder füge die jetzt doppelt lössbaren Spalten des „Sprechsaals“ mit Vorwürfen, sondern er verlege sich zunächst mit ganzer Seele in die Lage des Vermieters und erziehe gewissenhaft und gründlich das Für und Wider. Dieses Verfahren ist nicht nur das kürzeste, sondern es wird auch in den weitaus meisten Fällen zu der Erkenntnis führen, daß der Inhalt der rechtlich ist. Abgesehen davon, daß die jetzt doppelt lössbaren Spalten des „Sprechsaals“ mit Vorwürfen, sondern er verlege sich zunächst mit ganzer Seele in die Lage des Vermieters und erziehe gewissenhaft und gründlich das Für und Wider. Dieses Verfahren ist nicht nur das kürzeste, sondern es wird auch in den weitaus meisten Fällen zu der Erkenntnis führen, daß der Inhalt der rechtlich ist. Abgesehen davon, daß die jetzt doppelt lössbaren Spalten des „Sprechsaals“ mit Vorwürfen, sondern er verlege sich zunächst mit ganzer Seele in die Lage des Vermieters und erziehe gewissenhaft und gründlich das Für und Wider. Dieses Verfahren ist nicht nur das kürzeste, sondern es wird auch in den weitaus meisten Fällen zu der Erkenntnis führen, daß der Inhalt der rechtlich ist.

**Für unsere Frauen!**  
(Lebensmittellisten für Sonntag den 12. Jan.)  
**Für Hausaltungen.**  
Ausgabe, Fleisch und Fleischwaren: Auf den Kopf der Bevölkerung 200 Gramm mit Knochen. Gleichzeitige Umtausch der Fleischmarken.  
75 Gramm Hefe, 100 Gramm und 100 Gramm Marmelade gegen Abgabe der Leuchtungsabnahme Nr. 53 und 54 bis Sonnabend abend in den Lebensmittelgeschäften.  
Butter: Auf den Kopf 50 Gramm. In den Butterstellen Nr. 1 bis 7 Margarine, Nr. 8 bis 14 Naturbutter.  
Äpfel: An die Kinder im Alter von 5 bis 10 Jahren auf den Kopf 1/2 Pfund in den Lebensmittelgeschäften.  
Ordnung Nr. 1: Am Abend Markttag 10 für die Nr. 9001 bis 9900; im Laden Nr. der Geißel 2 für die Nr. 9901 bis 10100 und Nr. 1 bis 600. Verkaufszeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags.  
Kopffleisch: Bei Mäner (Schmale Straße 10) von nachmittags 2 bis 4 Uhr für die Nr. 401 bis 600; bei Hofmann (Ebere Straße) von vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2 bis 6 Uhr für die Nr. 501 bis 1100.  
Freibrot: Von vormittags 8 bis 10 Uhr für die Nr. 151 bis 350.

8 Treubitz, 10. Jan. Für bewiesene Tapferkeit vor dem Feinde erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse der Gefreite Karl Nagel von hier.

**Wetterwarte.**  
W. W. am 12. 1. Kälter, wechsellösend, zeitweise heiteres Wetter mit etwas Schnee. — 13. 1. Zunächst heiteres, trocknes Frostwetter. Später gelinder, Trübung und Schnee.

**Gerichtsverhandlungen.**  
1. Schöffengericht Weisburg. Der Gutsbesitzer Karl S. aus Groppe hat einen amtsrichterlichen Strafbefehl erhalten gegen den Antrag auf Entscheidung des Schöffengerichts beantragt habe. Er wurde befreit, wegen des Mittels der Verurteilung und Gerichte unbefristet geurteilt zu haben. Er zog aber den Antrag vor Eintritt in die Verhandlung zurück. — Der Rangier Franz K. aus Groß-Cordelha stand unter der Anklage, am 27. Juli 1917 in den Rennwägen aus

den dort aufgestellten Bahnhöfen dem Werte gehörige Züge und Material zu haben. Seine Strafe wurde auf 2 Tage Gefängnis festgesetzt. — Die Dienstmagd Anna S. aus L. n. e. n. o. z. war wegen unerlaubten Vertretens mit Verzeigung angeklagt. Sie sollte im Jahre 1917 fortgesetzt mit einem Verzeigungsgeld geurteilt werden haben. Das Verzeigungsgeld wurde in Höhe von 100 Mark festgesetzt. — Der in den Leinwandwerken beschäftigte Arbeiter Wilhelm S. aus Weisburg hatte am 18. November 1917 einem Kollegen, dem Arbeiter Delos Stelien und Unterhosen im Werte von 60 Mark gestohlen. Da der Beschuldigte zur Zeit noch Soldat ist, erklärte sich das Schöffengericht für unzuständig und beschloß Abgabe an das Militärgericht. Der Arbeiter D. in Oberbena hatte Antrag auf eine ihm zugewiesene polizeiliche Strafverurteilung gestellt. Seine schuldige Tochter Hildegard S. sollte von dem Felde der Landwirtschaflichen Volkshaus Weisburg entlassen haben. Das Verfahren wurde eingestellt, da die S. das jugendliche Alter noch nicht erreicht hatte. — Der wohnortliche Landwirt aus Weisburg Stanislaus H. vom Horst Werber beklagte. Seine Strafe wurde auf 2 Wochen Gefängnis festgesetzt. — Der Arbeiter Adam S. in Bransdorf stand unter der Anklage, sich des Betrugs insofern schuldig gemacht zu haben, daß er den Arbeiter Krenzel hat, ihm einen 20 Mark Schein zu wechseln. O. gab dem S. der ihm vollwertiges Geld ab, eine sogenannte „Bütte“. Das Gericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten mangels Beweises. — Der Maschinenführer Anton B. aus Weisburg hatte am 12. Oktober 1917 in den Rennwägen den Arbeiter Habowski mit einem Stein mißhandelt und in eine Wunde getroffen, weshalb er wegen Körperverletzung angeklagt wurde. 20 Mark aber 6 Tage Gefängnis wurde dem Gericht als ausreichende Strafe festgesetzt. — Der jugendliche Arbeiter Felix S. aus L. n. e. n. o. z. hatte am 24. November 1917 Lebensmittelmart im Werte von 1140 Mark gestohlen, diese aber nicht abgeben, sondern für sich behalten, weshalb er wegen Unterschlagung mit einem Verzeigungsgeld beauftragt wurde. Weil er sich nicht abgeben wollte, wurde er in den Unterhosen gestohlen hatte, wurde der Arbeiter Lorenz S. von hier mit einem Tage Gefängnis bestraft. — Der Arbeiter Jakob S. und dessen Ehefrau Henriette S. aus Weisburg hatten sich vor Gericht zu verantworten, weil ihnen zur Last gelegt wurde, von dem Felde des Sandbühnen Wägenführer aus Weisburg unterdrückten gemeinschaftlich gestohlen zu haben. Der Ehefrau war eine strafbare Handlung nicht nachzuweisen, weshalb sie freigesprochen wurde. Der Ehemann erhielt eine Gefängnisstrafe von 2 Tagen. — Der Schlosser Otto H. in Nabe meil hatte im September 1917 gelegentlich einer Plejeler den Mechaniker Walter Götman mit einem Messer in den Unterleib gestochen. Der Verletzte war deshalb mehrere Wochen erwerbsunfähig. Wegen jahrlanger Körperverletzung wurde der Angeklagte mit 75 Mark ev. 15 Tagen Gefängnis bestraft. — Außerdem wurden zwei aus der Unterdrückung vorgeschickte Männer wegen Landstreichens mit 8 Tagen bzw. einer Woche Haft bestraft.

1. Altona, 8. Jan. Wegen übermäßiger Preissteigerung wurden der Produktenhändler Karl Weber aus Altona und der Zubehörer eines Ingenieurbüros Louis Scheffel aus Hamburg, die Preisbrieten mit unüberprüflich hohen Umsätzen verkauft hatten, von der Strafammer des Reichsgerichts zu Weisburg mit 10000 Mark bzw. 1000 Mark verurteilt.

**Vermischtes.**  
Das Schlichteramt des Gemeindevorsteher. Während fast alle Groß-Berliner Gemeinden bei der Vermögensüberprüfung erhebliche Schäden erlitten, scheint Hohenschönhausen dabei ein gutes Geschick gemacht zu haben. Den Beamten der dortigen Lebensmittelabteilung wurden hohe Weisnachtsvergütungen von der Gemeindeverwaltung bewilligt. So hat ein Beamter 2000 Mk. und andere je 1000 und ein Drittel 300 Mk. erhalten. Auch sonst läßt es sich in Hohenschönhausen recht gut beschaffen. Wenigstens scheint eine Fleischnot dort nicht zu herrschen. So hat, was das „Hohenschönhauser Lokalblatt“ zu berichten weiß, der dortige Gemeindevorsteher anlässlich einer Haushaltung der ganzen Gemeindevertretung ein Weisnachtsessen gegeben.

Ehrensache eines Helden. Eine ganz besondere Ehreung ist dem Führer einer Wasserflugzeugstaffel, Friedrich Christmann, der kürzlich mit dem Orden Pour le mérite ausgezeichnet wurde, einem Friezen, von seinem Heimatort Wpt auf der Insel Föhr zuteil geworden. Bei seiner Ankunft in Wpt wurden von den Schützen und von den jüngeren Friezen in deutschen Farben. Ein Teil der Bevölkerung begrüßte ihn bei seiner Landung. Die Stadterverteilung hatte, was in der Geschichte Wpts einzig dastet, eine „Ehrensigung“ anberaumt, zu welcher Christmann und seine Angehörigen geladen waren. Bürgermeister Bergmann hielt im geschickten Verbalton eine herzlich warme Ansprache an den jüngeren Friezen, in welcher er ihm für seine dem Vaterlande geleistete Verdienste dankte. Die Stadterverteilung beschloß jedoch einstimmig, Christmann das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wpt zu verleihen, die höchste Auszeichnung, welche die Stadt zu vergeben hat. Der also ausgezeichnete Friezer war dann Gegenstand lebhafter Fuldigungen, teils aus geistlichen, teils aus weltlichen Kreisen, und dankte der Stadterverteilung in bewegten Worten.

Ein Abenteuer des Generals Verhaling. Ein Abenteuer, das in seiner Komik doch auch einen leisen Vorwurf trägt und das dem Führer der amerikanischen Truppen in Frankreich, General Verhaling, kürzlich in Paris zufiel, beruht die Rettungen. Der General, der ein sehr feinfühler Mann ist, mußte eines Abends auf ein Wägen warten, das er bestellt hatte. Es waren zwar nur drei Minuten, die der Wagen zu spät kam, aber der General konnte es nicht unterlassen, zu der Fahrerin zu sagen: „Sie kommen drei Minuten zu spät.“ Die Fahrerin, die nicht auf den Mann gefaßt war, antwortete: „Und Sie, Herr General, kommen 10 Minuten zu spät.“ Er antwortete: „Ich bin nicht zu spät, wenn Sie schleunigst in den Wagen springen.“

Sohe Kinnocher. Aus Anlaß eines Zivilprozesses wurde dieser Tage festgestellt, daß der bekannte Wiener Künstler Hubert Maricha für seine Wägenmalerei bei Kinnocher ein sehr gutes Honorar erhalte. Aus diesem Anlaß machte ein Wiener Blatt einige interessante Mitteilungen über die Einkünfte der Kino-Sterne. Den Vogel hat wohl der Pariser Kinnocher Max Lindner abgedollet, der an einem Boulevardtheater ein Monats-

gehalt von 800 Frk. bezieht, dann aber für den Film einbezahlt wurde auf 1918 fast 40 000 Frk. monatlich bezog, also fast eine halbe Million im Jahr! Richtig ganz so viel verdienen der jetzt verordnende Wägenmalerei, Max Pfeiffer, Daffertmann, Wegener usw. Über 20 000 Mark Monatsgehalt erhält die zuerst in Berlin auftretende „Kinnocher-Gesellschaft“ Herrn Lindner, die nach vor wenigen Jahren als kleine Drahtkühlkühlung bestrahlt hat.

Die „Damen“ hamieren. Welche Täuschungsmittel angewendet werden, um zationelle Lebensmittel, für das Auge des Geleses unsichtbar zu machen, darüber wird aus Wien berichtet. Die Damen, kommen mit dem fröhlichen Bier an, aber gehen sich aufs Land und wenn sie am Abend des selben Tages den letzten Zug nach Neuba benutzen, sehen sie geradezu feilt aus, insbesondere hat sich meist ihre Blüte in der kurzen Zeit entzündet. Der Umlauf aber, daß diese „Eingabieren“ zwar immer „hochentwickelt“, aber selten ganz „habeles“ in die Erziehung traten, drängte einem Kollegen zweifel auf. Er ließ sich mit zwei dieser Damen in ein Gespräch über die gebräuchlichen Mittel ein, und da geschah es, daß die Damen abwechselnd rot und blaß wurden, in höchster Aufregung ganz unruhiges Zeug redeten und sich in bezügliche Absprache verwickelten, daß der Beamte sie furchtbar schämte und zitierte. Es stellte sich heraus, daß die eine Dame auf der Brust sieben Funb frisches Fleisch trug und ihre geradezu phantomenalen Waden aus zwei mit Schmitzen versehenen Fingerringen mit Butter bestanden! Die andere Dame trug eine kunstvoll gearbeitete Bluse, die sehr vorzüglich aussehend war, denn es befanden sich Eier darin! Gerade für fünfzig Eier war die Bluse eingerichtet, und zwar so prächtig, daß die Eier keine Gefahr laufen zu gebahren. Dem Beamten nach sollen die Wägenbutterbrot und die Eierbrot einem Museum übergeben werden, zur Erinnerung an den Schlichteramt im Weisburg.

Aus derselben Gegend wird berichtet, daß durch einen Genarm eine Frau, die ihren Namen und Wohnort nicht angeben wollte, seilgenommen wurde, die unter ihrem Kleiderrock an Hals kunstvoll angebracht, Sped. Bullt, Butter u. a., insgesamt etwa 100 Pfund Wägen, trug. Offenbar handelt es sich in diesem Falle um eine seiner Personen, die das zumunnegebannte Gut zu Pfandloppreisen wieder verkaufen.

## Neueste Nachrichten.

### Der deutsche Heeresbericht.

Berlin, 11. Jan. (Großes Hauptquartier.)  
**Weitlicher Kriegsgefahrplan.**  
Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.  
Verläufe des Feindes, überaus und nach Feuer vorbereitung am Morgen des 10. Januar südlich von Opatz in unsere Stellungen einzuweichen, freier. Tagesüber entwickelte sich an der flandrischen Front und südlich von Cambrai lebhafter Artilleriekampf.  
Zwischen Moerwaes und Maroing steigerte sich das englische Feuer am Abend und bei Tagesanbruch vorübergehend zu größter Heftigkeit.  
Auch die französische Artillerie war beiderseits von St. Quentin und in einzelnen Abschnitten zwischen Oise und Aisne reg.

Westlich von Namont erfohrte Gefechtsstärkeit.  
**Deutscher Kriegsgefahrplan.**  
Nichts Neues.  
In der mazedonischen und italienischen Front keine besonderen Ereignisse.  
Erster Generalquartiermeister Ludendorff. (R. L. B.)

**Der Bericht des deutschen Admiralsstabes.**  
Berlin, 11. Jan. (Amth.) Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: 12 Dampfer mit 36 000 Tonnentonne registrieren. Die Schiffe hatten meist wertvolle Ladungen für Italien und die englische Kriegsmarine im Orient. In besonders geschickter und hartnäckiger durchgeführter Angriffe gelang es, zwei Schiffe aufzuheben und dabei sechs Dampfer zu vernichten. Unter diesen konnten festgestellt werden die beladenen bewaffneten englischen Dampfer „Arcus“ (4170 Tonnentonne), „Zurbriggen“ (2874 Tonnentonne), „Clifton“ (3170 Tonnentonne) und „Westerling“ (3855 Tonnentonne). Letztere beide mit je 5000 Tonnentonne Kohlen nach Malta bzw. Port Said unterwegs. Von dem englischen Dampfer „Clifton“, der mit zwei 15-Zentimeter-Blitzern und einer 7,6-Zentimeter-Schnellladeflanone bewaffnet war, wurde der Kapitän gefangen genommen. Ferner wurde der bewaffnete italienische Dampfer „Mietro“ (3880 Tonnentonne) in überaus dem Angriff durch Geschäfte niedergerammt, während der durch Bewacher geführte bewaffnete englische Dampfer „Wester“ (3874 Tonnentonne), der beladen auf dem Wege nach Oran war, einen Torpedo vom Opatz fiel. In vorstehenden Erträgen war in hervorragender Weise Kapitänleutnant von Arnould de la Perriere beteiligt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

**Die Aufhebung der russische Staatsschuld.**  
Rotterdam, 11. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet aus Petersburg, daß die russische Regierung beabsichtigt, in einigen Tagen den Beschluß zu veröffentlichen, wodurch die russische Staatsschuld aufgehoben wird. Nur solche russische Staatspapiere, die im Besitze von russischen Staatsbürgern sind, die weniger als 10 000 Rubel besitzen, sollen einzeln oder weiter veräußert werden, aber in beiden Fällen zu geringeren Sätzen als bisher.

# Merseburger Correspondent.

Er erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,00 Mk., durch den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post 2,00 Mk. einchl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf. — Fernsprecher Nr. 324. —

**Gratisbeilagen**  
Annotiertes Unterhaltungsblatt  
Landwirtsch. u. Handelsblätter  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Kartellblätter — Kurzsätze

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., im Kleinenteil 75 Pf. Schriftanzeigen und Nachmeldungen 20 Pf. mehr. Wogparaffin ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: 9 Uhr vormittags. — Geschäftsstelle: Delgrube 9. —

Nr. 10

Sonntag den 12. Januar 1918

44. Jahrg.

## Starke Artilleriekämpfe in Flandern, bei Cambrai und Marcoing.

### Wilson gegen den Verständigungsfrieden.

Wenn die Entente auch nicht für nötig gehalten hat, innerhalb der zehn-Tage-Frist von Versailles ihre Kriegsziele darzulegen und sich mit an den Verhandlungstisch zu setzen, so sind doch in ihren Ländern die Fernwirkungen des Ultimatus von Versailles unübersehbar. Die grundsätzliche Friedensbereitschaft Rußlands und des Vierbundes wirkt auf die Völker des Westens. Wenn sie kriegerisch erhalten werden sollen, so bedarf es außerordentlicher Mittel. So mußte Lloyd George, um die Heeresvermehrung durchzuführen, der Arbeiterpartei besondere Erklärungen abgeben. Gegenüber dem Drängen der Progressiven hat sich nun auch Wilson verpflichtet gesehen, ein Friedensprogramm darzulegen. Was er aber in den 14 Punkten seiner Botschaft an den Kongress fordert, das ist ein Friedensprogramm, wie man es uns anbieten könnte, wenn die Kriegslage gerade umgekehrt läge, als das gegenwärtig der Fall ist. Ständen die Deutschen am Mittel- und Ostsee, der Russen Teile von Ostpolen inne, dann könnten wir wenigstens sagen, daß sich der westliche Professor aus dem Weiden Hause an die harten Tatsachen hält. Wenn auch dann keine deutsche Regierung es wagen könnte, einen Frieden abzuschließen, wie ihn Wilson uns zumutet.

Wir stellen jedoch mit Bestimmtheit fest, daß Wilson sich diesmal aller Bestimmungen deutscher Einrichtungen und Personen enthielt, aber das Aufrechterhalten ist diesmal keine sachlichen Forderungen. Er beginnt so ganz geschickt mit den annehmbaren Punkten. Die Offenheit der Friedensverträge, die Freiheit der Meere und die Gleichheit der Handelsbeziehungen sind Forderungen, die kaum ein Hindernis für die Beendigung des Weltkrieges bilden. Für eine Hilfsbeschränkung hat sich Deutschland bereits in der Antivortnote an den Bapst ausgesprochen. Was Wilson über Rußland sagt, kann uns gleichgültig

### Der Weltkrieg

Der König von Sachsen über den Frieden.

An der Spitze der „Sächsischen Staatszeitung“ wird folgende Mitteilung veröffentlicht: Seine Majestät der König hat aus einer großen Anzahl sächsischer Ortschaften telegraphische Rundgebungen erhalten, die schwere Sorgen der Bevölkerung um die Gestaltung unseres Friedens und die Zukunft unseres Vaterlandes zum Ausdruck bringen.

Seine Majestät hat die feste Zuversicht, daß Seine Majestät der Kaiser, gestützt auf die unerschöpfliche Kraft unseres Heeres, nur einem solchen Frieden seine Zustimmung geben wird, der die Fortentwicklung und das friedliche Gedeihen unseres deutschen Vaterlandes gegen alle ferneren Angriffe sichergestellt. Graf Witzthum von Glatz, Staatsminister.

### Fortgang der Friedensverhandlungen.

Es bleibt bei Versailles. — Der Sonderfrieden mit Rußland auf dem Marsch.

In Versailles fand gestern mittag um 11 Uhr eine Besprechung, an der sämtliche Delegationen und die ukrainischen Vertreter teilnahmen, statt.

Staatssekretär von Kühlmann gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen und erklärte: Die von der russischen Delegation für die Erklärung der jetzt am Kriege beteiligten Mächte festgesetzte Frist ist am 4. Januar 1918 mitternacht abgelaufen. Von keinem der anderen Kriegführenden ist eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen. Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verschiedenen Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentliche Forderung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nicht-eintritt dieser Bedingungen hat die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Bestreben der Frist sich ergebenden Folgen. Das Dokument ist hinwiegend geworden.

Der Staatssekretär kam dann auf die Forderung der russischen Regierung, die Verhandlungen nach Stockholm bezogen in das neutrale Ausland zu verlegen, zu sprechen und erklärte es als feststehendes und unabänderliches Entschluß, die Verhandlungen an keinem anderen Orte weiterzuführen. Sie sind aber wie früher aus Courtisole gern bereit, die formale Schlussverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten. Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß seit dem Abschluß des Gedanken-austausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugetragen hat, was geeignet schien, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zum Abschluß eines raschen Friedens zu gelangen.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem erproblichen Ergebnis führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in jeder Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben. Soweit sich aus den vor der Arbeitspaule geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswerkes und damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Hierauf führte der österreichisch-ungarische Minister Graf Czernin etwa folgendes aus:

Die Gründe, die gegen eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land verweigern, sind doppelter Natur:

1. Technischer Art: Sie wie wir sind von hier aus mit direkten Drähten mit den Regierungen verbunden und täglich findet ein Meinungsaustausch statt. Wir alle können diese Apparate nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden.

Noch wichtiger ist das 2. Motiv: Wir haben uns auf einer Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbindenden ein zehntägiges Ultimatum gestellt. Ihre Verbindenden haben Ihnen nicht geantwortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Vierbund.

Die Verlegung der Verhandlungen auf ein neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr erwähnte Gelegenheit geben, förmlich einzutreten. Wir weigern uns, der Westmächten diese Gelegenheit zu liefern. Aber wir waren bereit, an einem noch zu bestimmenden Ort die formale Schlussverhandlung und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen.

Was den merkwürdigen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Übereinstimmung zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt ist, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeiten zu beginnen hätte. Alle vier Mächten sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mit Unterstützung der russischen Herren bereits abgemachten Basis zu Ende zu führen.

Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen befeuert sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnis gelangen.

Großwizir Talaat Pascha und Justizminister Papaw schloß sich namens der türkischen und der bulgarischen Delegation diesen Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann folgende Erklärung ab:

Es liegt mir hier eine Anzahl Justizprüche und Aufträge vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und der russischen Obersten Heeresleitung, die teils Beschlüssen der deutschen Heeres- und Justizbehörden entsprechen, teils Auforderungen republikanischen Charakters an unsere Truppen enthalten. Diese Justizprüche und Aufträge verstoßen zweifellos gegen den Geist des zugehörigen und beiden Armeen geschlossenen Waffenstillstandes. Im Namen der deutschen Obersten Heeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Justizprüche und Aufträge an das entsprechende Vorgehen ein.

Auf Vorschlag des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Trojki wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Aus Versailles wird weiter gemeldet:

In der Donnerstag vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Versailles fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom Wolff-Büro veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember dem tatsächlichen Hergang entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Dinaburg

überhritten am 25. Dezember 1917 die russischen Stellungen auf der Chauffee Rowno-Dinaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und führten mit Autos nach Dinaburg weiter, wo Wohn- und Arbeitsräume in einem Privatgebäude bereitgestellt waren.

Die Waffenstillstandskommission Dinaburg ist in ihrem Bereiche, d. h. von der Dissa bis zur Dina, auf Grund des Punktes 7 des Vertrags in erster Linie für die Bearbeitung aller aus dem Vertrage ergebenden militärischen Fragen zuständig. So beriet z. B. die erstmalig am 26. Dezember zusammengetretene Kommission bereits über die Teilung der durch Punkt 4 des Vertrages vorgegebenen Verkehrsstellen an der Front. Aber auch Fragen aus dem Gebiete des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Infolge von Vorberathungen der deutschen Kommission mit Vertretern der zivilischen Eisenbahnbehörden konnten bereits auf deutscher Seite örtliche Konferenzen von Offizieren und Eisenbahnschleuten beider Staaten zwecks beschleunigter

